Abonnement für Stettin monatlich 50 Pfennige, mit Trägerlohn 70 Pfennige, auf der Post vierteljährlich 2 Mark, mit Landbriefträgergeld 2 Mark 50 Pfennige.

Inserate: Die 4gespaltene Petitzeile 15 Pfennige. Redaktion, Druck u. Verlag von R. Graßmann. Sprechstunden nur von 12—1 Uhr. Stettin, Kirchplatz Nr. 3.

Stettiner Zeitung.

Abend-Ausgabe. Sonnabend, den 13. November 1880. Nr. 534.

Landtags-Verhandlungen.

Abgeordnetenhaus.

8. Sitzung vom 12. November

Präsident v. Köller eröffnet die Sitzung um 11 1/4 Uhr.

Derselbe macht Mittheilung von dem gestern Abend plötzlich erfolgten Ableben des Abg. Beerbohm, Vertreter des ersten Königsberger Wahlkreises.

Das Haus ehrt das Andenken des Verstorbenen durch Erheben von den Sitzen.

Am Ministertisch: Bitter, Dr. Friedberg, Maybach und eine große Anzahl von Regierungs-Kommissarien.

Tagesordnung:

Erste Berathung des Etats in Verbindung mit dem von dem Abg. Richter beantragten Gesetzentwurfe auf gesetzliche Fixirung des Steuererlasses.

(Es sind im Ganzen 17 Redner, nämlich 14 gegen und 3 für zum Worte gemeldet).

Abg. Richter (gegen) verweist zunächst darauf, daß der Gesammtbetrag der neuen Steuern für das ganze Reich sich auf 240 Millionen belaufe, was nach Verhältniß der Bevölkerung 150 Millionen Mark für Preußen ausmache. Diesen 150 Millionen neuer Steuern stehen 78 Millionen Versprechungen von Steuererlassen gegenüber, das heißt 75 Millionen Mark neuer Steuern sollen dem preußischen Volke mehr auferlegt werden, als erlassen werden sollen. Eine so starke Zumuthung hat man noch niemals an die Steuerkraft des Volkes zu machen gewagt (Oho! rechts). Freilich, der Herr Finanzminister hat von den 130 Millionen, welche bereits bewilligt worden, fast mit keinem Worte gesprochen. Ein Fremder hätte glauben müssen, wir hätten noch gar keine neuen Steuern bewilligt, so geschickt hat der Herr Finanzminister die Steuerbelastung in seinem Vortrage zurücktreten lassen. Auch das, was an neuen Steuern noch bewilligt werden soll, hat er ganz kurz angedeutet. Er hat wohl die Ziffer der Entlastung wiederholt genannt, aber nicht die Ziffer der Belastung; nur einmal hat er sich dazu provoziren lassen; er nannte die Zahl von hundertfünf Millionen, und dieses Werthvollste des ganzen Vortrages fehlt merkwürdigerweise in dem stenographischen Berichte. Redner führt sodann des Weiteren aus, wie sich die ganze Angelegenheit in den letzten Jahren seit dem bekannten Briefe des Fürsten Bismarck entwickelt hat. Er verweist auf das von ihm verfaßte Flugblatt, in welchem er die Mehrbelastung auf zweihundert Millionen angegeben habe, während es sich jetzt um vierzig Millionen mehr handele, als er sich damals zu erwähnen erlaubt. Nach dem Programm des Reichskanzlers haben Sie 240 Millionen Mark an Steuern zu erlassen, nicht aber die bereits bewilligten 130 Millionen gleichsam pro nihilo zu erachten. Die Versprechungen, die man eingegangen ist, die sollen nicht erfüllt werden, sondern man will diese Versprechungen übertragen auf neue Steuern, die noch erst zu bewilligen sind. Der Herr Finanzminister rühmt es, daß die Herren Finanzminister in Coburg alle einig gewesen sind. Daß die Herren darüber einig sind, neue Steuern entgegen zu nehmen, glaube ich sehr gerne; im Verlangen von neuen Steuern sind die Herren Finanzminister stets einig gewesen (Heiterkeit). Deshalb brauchte der Krieg von 1870 und 1871 nicht geführt zu werden (Rufe rechts: Pfui!) Ich verstehe Sie nicht und Sie scheinen mich nicht zu verstehen! Allerdings wir, meine Freunde und ich, haben die neuen Steuern nicht bewilligt, aber auf die Erfüllung der damals von der Regierung eingegangenen Verbindlichkeit haben wir ein Recht. Wie sollten wir dazu kommen, den Minister von dieser Verbindlichkeit freizusprechen! Der Herr Finanzminister kann aus dem Ertrage der neuen Steuern mehr erlassen als 14 Millionen Mark. Er rühmt ja, daß die Finanzlage sich so sehr gebessert habe. Allerdings schließt der Etat in der That mit 34 Millionen Mark mehr ab; aber wie ist denn die Finanzlage gebessert worden, doch nur dadurch, daß jetzt mehr Steuern aufgebracht werden müssen. Das ist eine Besserung für Finanzminister, nicht aber für den Haushalt des Volkes. Ist denn aber die Wirkung der neuen Steuererträgnisse bereits abgeschlossen? Wir haben den Ertrag der neuen Steuern auf 130 Millionen Mark geschätzt; in dem Reichs-Etat des laufenden Jahres ist derselbe auf 70 Millionen veranschlagt und wird in dem Etat des nächsten Jahres vielleicht bis auf 90 Millionen steigen. Ich glaube indeß, daß die künftigen Ergebnisse den Betrag von 130 Millionen eher überschreiten, als hinter demselben zurückbleiben werden. Jedenfalls hat Niemand von uns einen Maßstab dafür, ob die neuen Steuern nicht 20 bis 30 Millionen Mark mehr eintragen werden, als angenommen worden ist. Kann beispielsweise Jemand sagen, daß die Tabaksteuer nicht noch mehr einbringen wird, sobald die Tabaksvorräthe aus den früheren Jahren aufgebraucht sind? In diesem Augenblick kann man noch nicht wissen, wie hoch sich die neuen Steuern belaufen werden, und doch spricht man schon von der Bewilligung neuer Steuern. Die Gestaltung des Haushalts ist überdies nicht abhängig von den Steuern, sondern von den gesammten wirthschaftlichen Verhältnissen überhaupt. Befinden sich unsere wirthschaftlichen Verhältnisse aber in einem normalen Zustande? Die ungünstige Lage unserer wirthschaftlichen Zustände ist durchaus noch nicht überwunden, wir müssen abwarten, wie sich die Dinge in normalen Verhältnissen entwickeln werden. Ich bin der Meinung, daß wir überhaupt keine neuen Steuern brauchen. Wenn die Milliardenwirthschaft mehr und mehr zurücktreten wird, wenn die alten preußischen Grundsätze der Sparsamkeit wieder mehr zur Geltung kommen werden, dann wird man auch auskommen ohne neue Steuern, wenn man sich damit begnügt, die Branntweinsteuer und die Zuckersteuer zu reformiren. Der Herr Finanzminister ist es gerade, welcher in einem Athemzuge die wirthschaftlichen Verhältnisse lobt und gleichzeitig neue Steuern verlangt. Ich bin der Meinung, daß den 7 mageren Jahren in unserem wirthschaftlichen Leben nunmehr allerdings auch bessere Jahre folgen werden; denn es ist keine Politik so schlecht, daß sie dies auf die Dauer verhindern könnte. Herr Finanzminister Bitter ist nun zwar der Ansicht, daß nicht aus ganz allgemeinen Gründen sich die Verhältnisse besser gestalten werden, sondern daß diese Besserung der Wirthschaftspolitik des Herrn Reichskanzlers zuzuschreiben sei. Wenn dies richtig wäre, nun, dann kann man erst recht nicht neue Steuern verlangen, dann muß man doch erst recht die zauberische Wirkung dieser Wirthschaftspolitik abwarten. Ich bin natürlich entgegengesetzter Ansicht und ich sehe die Situation nicht einmal so günstig an, wie im vorigen Jahre; ich bin sogar der Meinung, daß die neue Wirthschaftspolitik die Rückkehr zu normalen Verhältnissen wesentlich erschwert. Aber ich bin auch der Meinung, daß sich diese Wirthschaftspolitik auf die Dauer gar nicht halten kann. Wir befinden uns gegenwärtig in vieler Beziehung in ähnlichen Verhältnissen, wie zur Zeit der Landrathskammer in den Jahren 1856—57. Auch damals war viel von neuen Steuern, von Defizits die Rede und als die Periode überwunden war, fand man überall Ueberschüsse. Es ist auch eine alte Erfahrung, daß die Reaktion ihren höchsten Grad erreicht hat, wenn sie sich für die Wiedereinführung der Prügelstrafe erwärmt (Große Heiterkeit). Zu etwas Höherem hat sich die Reaktion auch noch niemals verstiegen. Die Herren Konservativen thun immer so, als ob in der Milliardenzeit wir, Herr Rickert oder ich, Finanzminister gewesen wären (Rufe: Nein!); nicht wir waren es, sondern Sie, die Herrn Camphausen Alles bewilligten. Erst als der Stern des Herrn Camphausen sich zu verdunkeln begann, da wurden Sie mit einem Male sehr tapfer und Herr von Zedlitz verstieg sich sogar zu dem Ausruf: „Noch in letzter Stunde möchte ich warnen vor einer solchen Finanzpolitik!“ (v. Zedlitz ruft: Das war meine erste Finanzrede!) Wie kann man es wagen, uns diese Kleinigkeit von 14 Millionen Mark Steuererlaß anzubieten? Wie sollen wir dazu kommen, auf Grund solcher Versprechungen weitere 110 Millionen Mark zu bewilligen? Ich begreife nicht, wie man von diesen 14 Millionen ein solches Gerede machen kann; ist denn dieser Steuererlaß wirklich so erheblich gegenüber der Summe von 4—500 Millionen Mark, welche in Preußen an Steuern aufgebracht werden müssen? Durch die konservative Presse wird die Meinung verbreitet, als ob wir uns durch die Annahme dieses Steuererlasses zugleich verpflichten, auch die neuen Steuern zu bewilligen. Diesen Standpunkt weise ich zurück, es ist das ein unmoralischer Zustand. Wie würde sich eine solche Politik qualifiziren? Sie würde unter die Bestimmungen des neuen Wuchergesetzes fallen müssen (Heiterkeit), denn es wäre das eine Uebervortheilung des Leichtsinnes, eine Ausbeutung für Leistungen, die nicht im Einklang stehen zu den Gegenleistungen. Der Herr Finanzminister hat allerdings erklärt, die 14 Millionen Steuererlaß folgern aus dem Verwendungsgesetz und daraus folgt, daß die Annahme des Steuererlasses zu weiteren Steuerbewilligungen nicht verpflichtet. Indem Redner nunmehr zur Begründung seines Antrages auf Fixirung des Steuererlasses übergeht, bemerkt er zuvörderst, daß dieser Antrag anfänglich in der konservativen Presse eine wohlwollende Besprechung gefunden habe; erst nachdem die „Provinzial-Korrespondenz“ denselben für unannehmbar erklärt, hat der Antrag heftige Anfeindung erfahren. Die Offiziösen erklären, daß gar keine größere Bosheit gegen die Regierung ausgesonnen werden könne, es hieße nach Popularität haschen u. s. w. M. H.! Es sucht Keiner einen Andern hinterm Strauch, hinter welchem er nicht selbst gesessen hat! Für uns war der Antrag selbstverständlich! Der Herr Finanzminister hatte in seiner ersten Rede ausdrücklich gesagt, daß er mit einiger Sparsamkeit und Vorsicht in der Finanzverwaltung auch in dem nächsten Jahre die Mittel haben werde, den Steuererlaß zu bewilligen. — Warum sollten wir nicht so freundlich sein und dem Herrn Finanzminister für seine Sparsamkeit und Vorsicht eine sichere Stütze geben, damit er seinen Kollegen gegenüber diese Politik um so sicherer vertreten könne. Man hat ja die Mehrbelastung dauernd auferlegt; da entspricht es doch ganz der Natur der Sache, daß auch die Entlastung eine dauernde werde. Der Steuererlaß, wie er hier vorgeschlagen wird als einmaliger Erlaß, steht auch in so starkem Widerspruch mit alle dem, was die Herren Konservativen und die Herren Minister bisher als ihre Finanzpolitik gekennzeichnet haben, wie er stärker nicht gedacht werden kann. Redner erinnert daran, daß der gegenwärtige Kultusminister v. Puttkamer, freilich als er noch nicht Minister war und vielleicht nicht einmal daran gedacht hat, es zu werden, erklärt hat, es würde ein Stoß ins Herz des monarchischen Prinzips sein, wenn der Ertrag aus den neuen Steuern zu etwas Anderem als zur Entlastung des Volkes von den direkten Steuern verwendet werden sollte; der Herr Dr. Lucius bemerkte, als er noch nicht Minister war und vielleicht noch nicht daran dachte, es zu werden (Heiterkeit), er würde dem Ministerium den Vorwurf der Geisteskrankheit machen müssen, wenn die Erträgnisse zu anderen Zwecken als den der Steuerentlastung verwendet würden. Das sind allerdings starke Ausdrücke; man sollte als Abgeordneter niemals solche starke Ausdrücke gebrauchen! (Heiterkeit.) Fürst Bismarck denkt ganz anders darüber. Er läßt die Herren nach Friedrichsruh kommen und läßt die Herren Vortrag halten und das nennen die Herren „kollegialisches Ministerium“. Herr Bitter hat wohl von klassischer Finanzpolitik gesprochen. Fürst Bismarck hat aber darauf geantwortet: ach was, klassisch hin, klassisch her, die Technik und die Machtfrage gehen voran. Herr Bitter wird dann wohl von strengen Grundsätzen gesprochen haben, er hat dann aber nachgegeben und die Homogenität ist wieder hergestellt (Heiterkeit). Und jetzt sehen Sie Herrn Bitter die große Trommel für neue Steuern schlagen, als wenn er niemals für klassische Musik geschwärmt hätte (Große Heiterkeit). — Wir erkennen daraus, daß das Ministerium doch noch gewissermaßen eine Macht anerkennen muß, die außerhalb des Ministeriums ist, es folgt dem Druck der öffentlichen Meinung. Sie verleugnen die Grundsätze des vorigen Jahres, Sie können nicht anders. Das wird uns ermuthigen, den Druck noch weiter zu verstärken. Es wird nicht bei den 14 Millionen bleiben, wir werden noch viel mehr aus den 130 Millionen herauspressen, ehe wir neue Steuern bewilligen. Der Steuererlaß soll den Landtag und Reichstag verpflichten, die Nothwendigkeit der 30 Millionen-Anleihe und das Budget überhaupt schärfer zu prüfen. Es muß auf Ersparnisse gesehen werden, der Reptilienfonds kann und muß abgeschafft werden. Zur Verlesung der Thronreden bedarf es keines Stellvertreters des Reichskanzlers. Vor zwei Jahren ist eine Anleihe von 42 Millionen aufgenommen worden, welche gar nicht nothwendig war, da 60 Millionen Ueberschuß sich ergeben haben. Vielleicht ist noch etwas von diesen 100 Millionen vorhanden. Man muß nur suchen. Der neue Etat pro 1881/82 setzt voraus, daß die Matrikularbeiträge nicht erhöht werden. Es ist deshalb anzunehmen, daß Ersparnisse im Kriegsministerium eintreten werden und dies ist, wenn man den Versprechungen der Thronrede vertrauen will, wie dies selbstverständlich ist, mit großer Freude zu begrüßen. Es hat mich sehr gefreut, daß der Finanzminister diesmal vom „armen Mann“ gesprochen hat, früher sprach man nur vom sogenannten armen Mann. Aber dieser arme Mann erhält 6 Pf. pro Monat Steuererlaß und wenn er nur monatlich 1 Liter Petroleum kauft, so bezahlt er ebenso viel an Steuer; so verhält es sich mit Schmalz und Speck. Auch seit dem Jahre 1858 hat man nicht so hohe Roggenpreise gehabt, wie jetzt. Der arme Mann verdient aber auch nichts mehr, als früher, es läßt sich aus dem Etat nachweisen, daß dies nicht der Fall ist. Wenn der Finanzminister im vorigen Jahre die Einfuhr der Eier in Berlin als Bestätigung der Vermehrung des Wohlstandes bezeichnete, so irrte er in den Zahlen, weil nach dem Zolle die Deklarirung überhaupt erst in Berlin stattfand. Deshalb ist der Minister diesmal so vorsichtig, überhaupt keine Zahlen als Beleg zu bringen. Gegen Irrthum schützt nur eine längere Beschäftigung mit finanziellen Geschäften. Die Industrien weisen entschieden einen Rückgang auf. Die Roggenzölle haben dem Volke nichts genützt, aber auch den Landwirthen nicht. Zwar giebt es vernünftige und unvernünftige Agrarier, beide bekennen aber, daß ihnen die Zölle nichts genützt haben. Zu den Unvernünftigen gehört die „Deutsche Landeszeitung“, welche 25 Prozent Getreidezölle verlangt und erklärt, daß ihr die Noth des armen Mannes ganz gleichgültig sei. Dem Steuerzahler dient es nur, daß ihm überhaupt Steuer nachgelassen wird und zwar prinzipiell, nicht auf dem Umwege durch die Kommunalsteuer. Ich halte es überhaupt für einen Fehler, daß der höchste Steuerprozentsatz schon bei kleinem Einkommen erhoben wird. Ich bin für die progressive Steuer im Einverständniß mit den Konservativen und ich empfehle dem Herrn Finanzminister, diese progressive Einkommensteuer in die Steuerreform überhaupt aufzunehmen. Die Beamten müßten zwar nicht steuerfrei werden, wohl aber nicht mit ihrem vollen Einkommen eingeschätzt werden. Auch die Gewerbesteuer ist reformbedürftig, besonders für den Handwerkerstand, weshalb die Konservativen dafür eintreten. Dem Realbesitz kann durch Verminderung der Gebäudesteuer genützt werden, nicht durch Ueberweisung an die Kommunen, dagegen ist der Erlaß oder die Ermäßigung der Grundsteuer eine sozial-aristokratische, verwerfliche Maßregel. Die Gebäudesteuer, welche erst 1880 erhöht sei, müsse von 4 auf 3 Prozent ermäßigt sein. Die Kommunen haben aber von der ganzen geplanten Ueberweisung äußerst wenig Vortheil. Die Städte würden circa 10 Millionen erhalten, also durchschnittlich 12 Prozent. Für einzelne Städte mache es noch weniger, z. B. für Hagen 8 Prozent. Da aber die Gebäudesteuer in diesem Jahre um 5 Millionen erhöht ist, so bekommen die Städte nur 5 Millionen, und das ist nun die ganze so sehr gepriesene Steuerreform für die Städte. In den Dörfern zahlen die Bauern mehr Personalsteuern als die Großgrundbesitzer, deshalb nützt Jenen diese Ueberweisung weniger als den Gutsherren. Auch darf die Ueberweisung nicht an die Kreise, sondern an die einzelnen Gemeinden stattfinden. Für die Schulen soll lieber etwas gethan werden, doch dafür hat der Minister nicht einmal gute Worte, eher Vorwürfe für die Lehrer, deshalb muß über die Verwendung der Gelder feste Bestimmung getroffen werden. Da die Steuern die einzige Einnahme des Staates sind, so muß der Steuerzahler auf der einen Seite zahlen, was er auf der anderen Seite erhält. Es wachsen die Anforderungen mit den Versprechungen und in gleichem Maße wächst die Unlust im Volke. Große Klagen erheben sich über die Verstaatlichung der Eisenbahnen. Auch bei den Unglücksfällen sind die Staatsbahnen in sehr starkem, ja überwiegendem Maße betheiligt; daran dürfte die Verminderung des Beamtenpersonals und die schlechte Materials-Erneuerung Schuld sein. Die Beamten stehen schlecht, trotzdem ihnen Fürst Bismarck große Versprechungen gemacht hat. Allerdings verspricht Fürst Bismarck viel zu viel und vergißt dann leicht, aber solche Beamten vergessen das nicht. Der so sehr ausposaunte Ueberschuß von 3 1/2 Millionen in diesem Etat resultirt meist von den Gewinn-Vorträgen

Privatbahnen, als sie noch nicht im Staatsbesitz waren. Der Erneuerungsfond hat 2,360,000 Mark erspart. Den 16 Millionen Gewinn aus dem Eisenbahnbetrieb stehen $12\frac{1}{2}$ Millionen Mehrzinsen entgegen, allerdings nicht im Eisenbahnetat. Dem restlichen Ueberschuß von $3\frac{1}{2}$ Millionen stehen diesmal 8 Millionen Minderausgaben für den Erneuerungsfond gegenüber. Der Minister hat diese Zahlen verschwiegen, wahrscheinlich hat er sie nicht gefunden. Der Garantiefond würde dem Eisenbahnminister nur eine größere Selbstständigkeit dem Finanzminister gegenüber gewähren. Den Eisenbahn-Verstaatlichungen muß eine Grenze gezogen werden. Die Privatunternehmung würde dann wieder wachsen; die ganze Finanzpolitik erzeugt durch immer neue Projekte stete Beunruhigung. Die Brausteuer muß eher erniedrigt, als erhöht werden. Eine Schmach ist es aber, daß die Tabaksbesteuerung zu Tode gehetzt wird. Eine Million Menschen werden durch diese schwankende Projektmacherei geschädigt, daher die Auswanderung. Das Vertrauen fehlt im Lande durch die ewige Projektmacherei des Reichskanzlers und wenn Sie, meine Herren, wirklich konservative Männer und nicht nur eine gouvernementale Partei wären, würden Sie solchen Plänen entgegentreten, welche mehr zerstörend, als erhaltend wirken. (Unruhe, Lärm und Zischen rechts, wiederholter Beifall links.)

Abg. v. Heyden. Er wolle nicht sprechen wie in einer Volksversammlung, sondern nur zum Etat. Das Vertrauen wird wiederkehren, wenn gerade die Bestrebungen der Fortschrittspartei zur Beunruhigung aufhören. Redner will nachweisen, daß die Verhältnisse sich gebessert haben und zwar an der Hand der Zahlen der erhöhten Einkommensteuer und der Lebens-Versicherungs-Polizen. Ueber den Etat lasse sich schwer sprechen, bevor nicht der Reichsetat berathen sei. Dem Steuererlaß werden wir uns nicht widersetzen. Bei Gelegenheit des Eingehens auf Einzelnheiten betont Redner, daß die hohen Gerichtskosten manchmal einer Rechtsverweigerung gleichkommen, und daß seine Partei deshalb jeden Schritt dagegen unterstützen würde, selbst auf die Gefahr hin, daß die Reichseinnahmen erheblich verringert würden. Der Dispositionsfond zur Unterstützung der Wittwen und Waisen der Beamten hätte höher angesetzt werden müssen, auch sei zu bedauern, daß die Verwaltungsbeamten im Gehalt nicht den Gerichtsbeamten gleichgestellt seien. Ueberhaupt ließen sich in dem Etat an vielen Stellen Mehrausgaben einstellen. Er schlägt vor, das Ordinarium im Plenum zu behandeln, dagegen das Extraordinarium der Budget-Kommission zu überweisen. Schon jetzt könne er sagen, daß seine Partei sich den Anforderungen gegenüber, welche für den Ausbau der Wasserstraßen gemacht sind, ablehnend verhalten wird. Zur Frage der Steuerreform erklärt Redner, daß der Abg. Richter immer verschwiegen habe, daß das Reich Mehrausgaben verlangt habe und daß nun die zufälligen Einkünfte verzehrt wurden, ohne Reserven anzulegen. Redner fährt damit fort, daß er noch einmal die Beunruhigung der Gemüther Denen in die Schuhe schiebt, die sich den wohlüberlegten Steuerreformen entgegen setzen. Die konservative Partei sei bereit, ein neues Steuererlaßgesetz auf Grund der neu zu bewilligenden Steuern zu berathen. Sie wolle für die Börsensteuer eintreten, ebenso wie für eine Erhöhung der Branntweinsteuer gleichzeitig mit der Erhöhung der Brausteuer. Der Branntwein solle besteuert werden in dem Moment, wo das Produkt vom Produzenten an den Konsumenten übergeht. Auch den Tabak halten sie noch für besteuerungsfähig, sie stimmen einer Aufhebung der ganzen Klassensteuer, aber einzelner Klassen zu. Die Ueberweisung der Gebäudesteuer sei eine Erfindung der Fortschrittspartei, hätte aber das Verlangen nach Ueberweisung der Grundsteuer hervorgerufen. Den Steuererlaß fasse seine Partei derartig auf, daß man dadurch seine Zustimmung zu der Abneigung gegen die ganze Steuerreform ausspreche. Auf den Richter'schen Antrag könne die Rechte nicht eingehen, weil man dadurch den Boden des Verwendungsgesetzes verlasse und weil derselbe weit über die Regierungsvorschläge hinaus gehe und weil dadurch möglicherweise die Ueberweisung der Grund- und Gebäudesteuer weiter hinausgeschoben würde. Die Konservativen wünschen, daß der Eisenbahnetat einer besondern Kommission überwiesen würde. Die Eisenbahnen sollen keine melkende Kuh für den Staat sein, sondern vor Allem ein Verkehrsmittel. Er beantrage, den Etat der indirekten Steuern und der Eisenbahnverwaltung, sowie das Extraordinarium der Budgetkommission zu überweisen, alles Uebrige im Plenum zu verhandeln.

Hierauf wird ein Vertagungsantrag angenommen.

Nächste Sitzung: Sonnabend 11 Uhr.

Tagesordnung: Fortsetzung der heutigen Debatte.

Schluß $2\frac{3}{4}$ Uhr.

Deutschland.

Berlin, 12. November. Vom Kultusminister hat, wie die „Niederschles. Ztg." hört, Stadtrath von Schenckendorff zu Görlitz die Aufforderung erhalten, sich den beiden Regierungskommissaren, den Geheimen Ober-Regierungsräthen Schneider und Lüders, auf ihrer Reise nach Dänemark und Schweden anzuschließen, um sich durch eigene Wahrnehmung Kenntniß von dem durch den Rittmeister von Klausson-Kaas in den dortigen Schulen eingerichteten Handarbeits-Unterricht und den damit erzielten Resultaten zu verschaffen. Stadtrath von Schenckendorff hat dieser Aufforderung Folge geleistet und sich nach Berlin begeben, von wo am 12. d. M. die Abreise nach Kopenhagen erfolgt. Von dort aus werden die Schulen auf Seeland besucht werden, dann geht es nach Stockholm, Upsala und Götheborg, von wo der Rückweg nach Jütland und Fünen genommen wird. Die Reise wird 2—3 Wochen dauern.

— Die Londoner „A. A. C." schreibt: „Auf der Staatswerfte in Portsmouth ist ein Befehl der Admiralität eingegangen, die königl. Dampfyacht „Victoria und Albert" für einen Spezialdienst in Bereitschaft zu setzen. In amtlichen Kreisen verknüpft man diese Instruktion mit einer Absicht der Königin, der bevorstehenden Vermählung ihres Enkels, des Prinzen Wilhelm von Preußen, mit der Prinzessin Victoria von Schleswig-Holstein zu Berlin in Person beizuwohnen.

Ausland.

Agram, 11. November. Man schätzt den durch das Erdbeben verursachten Schaden approximativ auf drei Millionen Gulden, abgesehen von dem unberechenbaren Schaden, den die Kirchen erlitten. Die Reparatur der Domkirche dürfte mehrere Jahre in Anspruch nehmen. Der Berichterstatter der „Agramer Zeitung", der die Domkirche mit Lebensgefahr besichtigte, giebt folgende Schilderung des Zustandes derselben:

Das Netzgewölbe über dem Sanktuarium ist bis beinahe über dem Kommunionsgitter herabgestürzt. Der kunstvolle Hochaltar, der Stuhl des Erzbischofs und die Chorstühle liegen zerschmettert unter dem viele Meter hohen Schutte. Die hohen Fenster des Sanktuariums mit ihren schönen Glasmalereien haben verhältnißmäßig wenig gelitten. Ein Pfeiler des Triumphbogens, des Arcus triumphalis, ist in der Mitte nach einwärts gebogen, und dürfte die Abweichung von der geraden Linie über 6 Zoll betragen. Beim Orgelchor des Hauptschiffes ist das Gewölbe herabgestürzt. Ein horizontaler, steinerner Strebebogen hat im Sturze das Gewölbe einer Gruft durchgeschlagen, die anderen Strebebogen sind fast alle gelockert. Bei dem Beginne des Erdbebens celebrirten gerade der Domherr Racki und noch ein anderer Priester an zwei Seitenaltären stille Messen. Plötzlich verfinsterte sich die Luft, ein furchtbares Krachen wurde vernehmbar, und dichte Staubwolken erfüllten die Kirche. Zum Glück gelang es beiden Geistlichen sich unverletzt in die Sakristei zu flüchten. Erst Nachmittags konnte sich der Dombaumeister Bolle über den im Inneren der Kirche angerichteten Schaden vergewissern. Die Restaurationen am Aeußeren der Domkirche haben Stand gehalten, nur der renovirte Siegenthurm wurde an dem oberen Theile über dem Hauptgesimse um seine Achse gedreht, und soll die Abweichung gegen zwei Zoll betragen.

Von den Verunglückten wurde Lithograph Stanic todt in das Spital der Barmherzigen übertragen. Einem gewissen Smela wurden vier Knochenstücke aus dem Gehirn entfernt. Fünf Personen erlitten Knochenbrüche oder Verrenkungen, fünf andere schwere Kontusionen. Auf sämmtlichen Stationen der Agram-Zykaner Strecke wurden größere oder mindere Schäden konstatirt.

In der letzten Landtags-Sitzung theilte der Präsident mit, daß der Kaiser 10,000 Fl. gespendet hat. Das Irrenhaus in Stenjevec und die Strafanstalt in Soglava wurden arg beschädigt. Die Schlösser Kerestinec, Helena und Paukovic sind Schutthaufen. Auf dem Lande bei Agram und Zagorien sind die meisten Kirchen, Schul- und Pfarrhäuser in baufälligem Zustande. In Folge Mangels an Arbeitskräften hat sich der Banus an den Kaiser mit der Bitte gewendet, eine Geniekompagnie nach Agram dirigiren zu lassen.

Provinzielles.

Stettin, 13. November. Das königl. Ober-Präsidium der Provinz Pommern hat dem baltischen Central-Verein für Thierzucht und Thierschutz zu Greifswald die erbetene Erlaubniß zur Veranstaltung einer Verloosung von edlem Geflügel, Zier- und Singvögeln, Fischen und anderen Gegenständen bei Gelegenheit der in den Tagen vom 11. bis 13. März 1881 beabsichtigten Vögel- und Geflügel-Ausstellung für den Umfang der Provinz Pommern ertheilt. Die Zahl der Loose ist auf 6000, der Preis derselben auf je 50 Pf. festgesetzt worden.

— In der Nacht vom 9. zum 10. d. Mts. wurde die Gesellenstube bei dem Bäckermeister Krüger auf der Chausseestraße in Züllchow erbrochen und daraus verschiedene den Gesellen gehörige Kleidungsstücke im Gesammtwerthe von ca. 120 Mark gestohlen. Die Recherchen nach den Dieben resp. nach den gestohlenen Gegenständen sind bisher ohne Erfolg geblieben.

— In der heutigen Sitzung der Strafkammer des hiesigen Landgerichts kam eine Anklage wegen Preßvergehens gegen den Chefredakteur der hier erscheinenden „Ostsee-Zeitung" zur Verhandlung. In Nr. 238 vom 25. Mai d. Js. brachte die genannte Zeitung einen Korrespondenz-Artikel „Aus Schlesien", in welchem eine Stelle enthalten war, durch die sich der Minister der öffentlichen Arbeiten beleidigt fühlte und den Strafantrag gegen den Chefredakteur stellte, weil in dem Artikel dem Ministerium der Vorwurf gemacht werde, daß dasselbe bei Privatbahnen nicht mit derselben Unpartellichkeit vorgehe als bei Staatsbahnen. Herr Dr. Wolff, welcher sich weigerte, den Verfasser des betreffenden Artikels zu nennen, übernahm, trotzdem er an dem Tage, wo der Artikel in Druck gegeben wurde, verreist gewesen sein will, die Verantwortlichkeit. Er findet jedoch in demselben keine Beleidigung, auch könne der Schreiber des Artikels keine beleidigende Absicht gehabt haben. Nach einem längeren Plaidoyer des als Vertheidiger fungirenden Herrn Justizraths Wendtlandt erkannte der Gerichtshof auf Freisprechung.

Die Wittwe Erdmann hatte gegen ihre Tochter, die verehel. Maurer Therese Michaelis, und deren Ehemann Joh. Carl Fr. Michaelis zu Torney eine Forderung eingeklagt und als diese, trotzdem sie verurtheilt wurden, nicht zahlten, wurde ihnen der Manifestationseid zugeschoben, den sie auch am 8. Februar v. J. vor dem hiesigen Amtsgericht leisteten. Später stellte sich jedoch heraus, daß die beiden Eheleute noch bei einer dritten Person verschiedene Möbel in Verwahrung hatten, die sie als Pfand für eine Schuld gegeben hatten. Da sie angaben, daß sie geglaubt hätten, die Sachen wären bereits verfallen, wurde gegen sie wegen fahrlässigen Meineides die Untersuchung eröffnet und hatten sich beide Ehegatten deshalb heute zu verantworten. Es wurde gegen jeden der Angeklagten auf 2 Monate Gefängniß erkannt.

Stargard, 12. November. Der Auftrieb auf dem heutigen Vieh- und Pferdemarkt war gegen den letzten Markt ein bedeutend geringerer, wozu die schlechte Witterung wohl wesentlich beigetragen hat. Obwohl die Preise ziemlich gedrückt, war in Vieh doch lebhafter Handel. Milchkühe erzielten einen Preis von 150—180 M., Fettvieh 150—270 M. Bei Pferden fanden Fohlen den meisten Absatz. Auch wurden ca 60 alte Pferde von verschiedenen Scharfrichtereien angekauft.

Greifswalder Oie, 11. Novbr. Der Verkehr im hiesigen Fischerzufluchtshafen ist im abgelaufenen Monat wesentlich geringer geworden, wie in den früheren Monaten, wozu wohl die vielfach stürmische Witterung Veranlassung gegeben hat. Es frequentirten den Hafen 491 Fischerboote, 12 Steinboote, 5 Inselboote und 3 Handelsboote, im Ganzen 511 Fahrzeuge mit einer Besatzung von 1365 Köpfen. Der durchschnittliche Tagesverkehr belief sich auf 17 Fahrzeuge mit 46 Mann. Der größte Verkehr war am 5. Oktober mit 106 Fahrzeugen und 245 Mann; der geringste am 24. Oktober, an welchem Tage kein Fahrzeug im Hafen sich befand.

Nach der dreimal täglich stattgehabten Notirung der Windrichtung wehte es aus N. 7, NO. 8, O. 8, SO. 11, S. 6, SW. 11, W. 23 und NW. 19 Mal; vorherrschend war also die westliche Richtung.

Der Wasserstand erreichte seine größte Höhe am 21. Oktober Mittags, als ein Orkan aus N. und NW. wehte, mit + 26 über den mittleren Stand; der niedrigste Wasserstand war am 31. früh mit — 14 bei starkem Winde aus Westen. Die durchschnittliche Abweichung gegen den mittleren Wasserstand war im Oktober + 3.

§ **Zempelburg**, 11. November. Heute ertönte bei uns Feuerlärm. Holz, auf dem Ofen getrocknet, gerieth in Abwesenheit der betreffenden Einwohner in Brand und zündete bald verschiedene andere Objekte an. Die Flammen wurden bewältigt und weiterem Unglücke vorgebeugt. Es fragt sich hierbei, ob mit demselben Eifer Rettung erfolgt wäre, wenn die bezüglichen Versicherungsgesellschaften nicht schon im vorigen Jahre hier so gründlich aufgeräumt und namentlich nicht diejenigen Policeninhaber ausscheiden gemacht hätten, welche, nur im Besitze weniger Lumpen, in auffallendster Höhe versichert waren.

Unser Martinimarkt war in diesem Jahre stärker besucht, als man dieses bei dem bekannten Nothstande unserer ländlichen Besitzer hätte voraussetzen können. Handwerk.r und Kaufleute machten die besten Geschäfte. Auch der gleichzeitige, hier so genannte Menschenmarkt, das Gesinde betreffend, war stark besucht. Einem hiesigen Kaufmann, Inhaber eines Konfektionsgeschäfts, erging es am obigen Jahrmarktstage sehr schlecht: derselbe hatte einem Bauern einen theuren Damenmantel verkauft, das Geld dafür eingestrichen und dem Käufer, der nicht Acht gab, einen Plunder dafür eingewickelt. Der Bauer prüfte aber das Volumen und versetzte dem werthen Herrn einen solchen Hieb mit seinem Knotenstocke über das Kreuz, daß dieser sofort zu Boden stürzte. Schließlich fand sich auch der ursprünglich gekaufte Mantel, welcher „aus Versehen" vertauscht war. Der Kaufmann, an dessen Reellität wir nicht zweifeln, hatte dabei den Schaden, daß ihm einige Dutzend seiner Teller zerschlagen wurden und eine Masse Käufer, die behandelten, aber noch nicht bezahlten Waaren in den Händen, während des Skandals sich aus dem Staube machten und nach der Affaire sein Laden leer von Menschen war.

Vermischtes.

— Noch eine hübsche kleine Episode von dem Besuch der fünfhundert Deutschen bei General Garfield, dem voraussichtlichen Präsidenten der Vereinigten Staaten: Nach General Garfields Rede wurden sämmtliche Theilnehmer an der Exkursion vorgestellt. Unter den Anwesenden befand sich auch ein Neger. General Garfield war einigermaßen erstaunt, einen kohlpechschwarzen Germanen mit Wollhaar und dem unverkennbaren Typus Etiopiens herantreten zu sehen. Als General Garfield den Schwarzen mit einem verwunderten „Halloh Sam, wie kommst Du in diese Gesellschaft?" begrüßte, erwiderte der Gefragte ganz munter: „O, ik bin en goder Mecklenbörger." Und so war es auch. Der Schwarze war in Mecklenburg geboren und ist ein naturalisirter Bürger.

— Adelina Patti will ihr Schloß in Wales nicht verkaufen, weil die Bauern ihrem Nicolini die Hasen wegschießen, wie von Wiener Blättern behauptet wurde, sondern weil man ihr angedeutet, daß sie als englische Unterthanin und Grundbesitzerin fortan nicht nur von ihren englischen Honoraren Einkommensteuer zu entrichten habe, sondern auch von den im Auslande verdienten. Daran hatte sie nicht gedacht, als sie sich in England ankaufte und das Bürgerrecht erwarb. Die englische Einkommensteuer ist nicht gering und der dem Staate zufallende Antheil an dem enormen Einkommen d Patti würde schon ein hübsches Sümmchen jährlich ausgemacht haben.

Literarisches.

Unsere Musikklassiker. Händel, Bach, Gluck, Haydn, Mozart, Beethoven. Sechs biographische Lebensbilder von Elise Polko. Mit 6 Portraits. Leipzig, Schmidt und Günther.

Schlichte Lebensbilder nur bilden den Inhalt dieses Buches, aber warme Begeisterung hat bei ihrer Zeichnung die Feder geführt. Sie sind zunächst für jenen Laienkreis bestimmt, der sich mehr für die Urheber musikalischer Schöpfungen, für den eigentlichen Lebensweg unserer großen Meister interessirt, als für die kritische Analyse ihrer Werke. Es sind wirklich anmuthige Biographien unserer Musikklassiker, die gewiß bald viele Freunde finden werden; die gut ausgeführten lebendigen Portraits sind eine hübsche Zugabe. Die Ausstattung ist elegant, der Preis von 2 Mark ist für dieses hübsche Buch ein sehr billiger. [237]

Steffens Volkskalender, seit langen Jahren in vielen Tausenden deutscher Familien ein lieber treuer Hausfreund, verdient es — als einundvierzigster Jahrgang, 1881 — sich neue Freunde zu erwerben. Der liebenswürdige Hermann Kletke liefert feinsinnige Gedichte, Arnold Wellmer, E. M. Vacano und Neumann-Strela stimmungsvolle Erzählungen. Dazu eine Fülle interessanter und nützlicher Artikel und praktischer Winke aus Vergangenheit und Gegenwart, Gesundheitslehren von Dr. Wilh. Binder, Hausmütterliches von Beate Steffens, ein Märchen von der Großmutter, Neueste Erfindungen und Rezepte, eine freimüthige Umschau in der Welt und Daheim von Vater Steffens, der manchem alten Schaden im Staat und im Hause mannhaft zu Leibe geht — und eine elegante Ausstattung mit zahlreichen schönen Holzschnitten: dies Alles berechtigt uns, den neuen Jahrgang von Steffens Volkskalender unsern Lesern besonders warm zu empfehlen. [239]

Viehmarkt.

Berlin, 12. November. Es standen zum Verkauf: 156 Rinder, 480 Schweine, 785 Kälber, 165 Hammel.

Der Umsatz in Rindvieh, Schweinen und Hammeln war so geringfügig, daß von einer Preisnotiz Abstand genommen werden mußte.

Kälber wurden zwar zum größten Theil geräumt, indessen war das Geschäft ein so flaues und gedrücktes, daß der Preis für beste Waare nicht mehr wie 50, der für Mittelwaare nicht mehr wie 40—45 Pf. pro 1 Pfund Schlachtgewicht betrug. Ganz kleine Kälber und sogenannte Fresser wurden gar nicht beachtet.

Telegraphische Depeschen.

Wien, 12. November. Meldungen der „Pol. Korresp.":

Aus Petersburg: Die Reform der obersten russischen Verwaltungsstellen ist derart geplant, daß die Anzahl der eigentlichen Ministerien auf vier reduzirt wird, und zwar: Inneres, Aeußeres, Krieg, Finanzen; die übrigen Verwaltungsstellen würden den genannten vier Ministerien subordinirt. Inneres erhielten Loris-Melikoff, Krieg General Miljutin, Finanzen Staatsrath Abaza, Aeußeres bliebe zunächst unbesetzt, weil der Czar dessen Geschäfte persönlich leiten will. Nominell fungire Giers. Zwischen Melikoff und Walujew herrschte die alte Eifersucht, Walujew würde nachgeben und den entscheidenden Einfluß Melikoffs schließlich anerkennen.

Paris, 12 November. Die gestrige Aufregung über die Ereignisse in der Kammer vibrirt in allen Kreisen fort. Heute früh 11 Uhr wurde Baudry d'Asson bedingungslos aus seiner Haft entlassen.

Die Börse und die Finanz-Aristokratie sind im höchsten Grade über den Zwischenfall verstimmt. Der Senatspräsident, von dieser Strömung benachrichtigt, hat den Präsidenten Grevy davon verständigt. Es unterliegt keinem Zweifel, daß während der gestrigen Debatte in der Kammer Freycinet im Elysee verweilte. Im Senat wird in einer der nächsten Sitzungen die Forderung auf Veranstaltung einer parlamentarischen Enquete gegen den Minister Constans auf Grund der Enthüllungen im Prozeß Triboulet in Toulouse eingebracht worden.

General Cissey erhielt gestern eine Art Ovation des Senats von Seiten der militärischen Mitglieder desselben.

Heute Nachmittag wurde einem Briefträger ein Packet mit 600,000 Franken entwendet, der Thäter ist spurlos verschwunden.

Paris, 12. November. Das Gelbbuch wird in den Kammern gegen den 20. d. Mts. zur Vertheilung gelangen. Die Berathung der Interpellation über die auswärtige Politik der Regierung wird, wie in parlamentarischen Kreisen verlautet, im Senat etwa am 25. d. M. stattfinden.

London, 12. November. (Berl. Tgbl.) Vorläufig siegten die Minister Chamberlain und Bright im Kabinet mit der Ansicht, daß das Parlament noch nicht einzuberufen sei, um die Suspendirung der Habeas-Corpus-Akte für Irland zu bewilligen. Die Berichte über die Eskortirung der orangistischen Arbeiter beweisen die ungeheuerste Aufregung in jenem Theile Irlands zwisen Claremorris und Ballinrobe. Auf einer kleinen Strecke sind jetzt 7000 Soldaten und Polizisten vereinigt. Das Volk droht offen, von den Orangisten dürfe keiner lebendig zurückkehren und diese können sich nur unter dem Schutz einer doppelten Reihe von Bayonetten bewegen. Selbst zwei Kanonen begleiten die Arbeiter. Ganz Mayo sieht aus wie ein Feldlager. Die gesammte radikale englische Presse warnt die Regierung vor der Aufhebung der Habeas-Corpus-Akte.